

Hätte Kanton nicht eingreifen dürfen?

Baselbieter Schulratspräsidentenkonferenz kritisiert Vorgehen im Fall Sek Oberwil.

Führungsstreit Am Tag, nachdem die bz den Konflikt zwischen Schulrat und Schulleitung der Sekundarschule Oberwil publik gemacht hat, hallt etwas nach, dessen Relevanz weit über das Schulhaus Hüslimatt hinausgeht: Der Vorwurf der drei zurückgetretenen Schulrätinnen und Schulräte an das Baselbieter Amt für Volksschulen (AVS), mit dem Eingreifen in den Konflikt seine Kompetenzen überschritten zu haben.

Denn auch wenn der Kanton Träger der Sekundarschulen ist und die Schulräte Behördenmitglieder im kantonalen Nebenamt sind, beschränkt sich die Aufsichtspflicht des Kantons darauf, das vom Volk gewählte Gremium zu beraten und zu unterstützen. «Der Fall der Sek Oberwil

bringt uns an die Grenzen unserer Handlungsmöglichkeiten», sagt AVS-Leiter Beat Lüthy selbst. Dass der Landrat demnächst über eine Vorlage der Regierung befindet, welche die strategische Führung der Sekundarstufen I und II inklusive Anstellung der Schulleitungen direkt dem Kanton übergibt und den Schulrat stark zurückbindet, kommt für den vorliegenden Fall – sehr zum Bedauern Lütthys – zu spät. Und die Regierung dürfte laut Personalgesetz zwar Disziplinar massnahmen ergreifen, doch nur bei erheblichen Pflichtverletzungen.

Für Ursula Berset ist das Verhalten des Kantons gegenüber dem Schulrat bezeichnend. Die Präsidentin der Schulratspräsidentenkonferenz Basel-land sagt zur bz: «Das muss man im

Kontext der neuen Vorlage sehen. Der Kanton versucht bereits jetzt, vermehrt Einfluss auf Schulräte zu nehmen.» Die Vorlage, gegen die sich die Konferenz wehrt, trete aber frühestens 2024 in Kraft. Gegen ein konstruktives Gespräch oder eine gemeinsame Sitzung sei nichts einzuwenden, doch, so Berset: «Der Schulrat konstituiert sich selbst, bei der Zusammensetzung hat der Kanton nichts zu sagen.» Berset kündigt an, den Fall Oberwil im bevorstehenden Jahresgespräch Mitte Oktober mit Bildungsdirektorin Monica Gschwind und dem AVS zu thematisieren: «Der Kanton muss sich den Grenzen seiner Kompetenzen wieder bewusst werden.»

Michael Nittnaus